

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02

stadtrat@thun.ch, www.thun.ch

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 2/2011 vom 17. Februar 2011, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsidentin Verena Balmer

Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanna Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Jürg Dällenbach, Andrea de Meuron, Peter Dütschler, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Martin Frei, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, David Külling, Lukas Lanzrein, Gina Lehnherr, Michael Lüthi, Thomas Marghitola, Gabriela Meyer-Fiechter, Christoph Peter, Carlos Reinhard, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Ursula Haller und Marianne Dumermuth Lehmann, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Ferner

Ratssekretär Gemeinderat Marius Mauron

Sekretariat

Stadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollführerin Fabienne Feller

Entschuldigt

Stadträte Piero Catani und Manfred Locher

Schluss der Sitzung

18.55 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden, insbesondere die Schulklassen des Schulhauses Neufeld sowie des Gymnasiums Thun Schadau, welche die Sitzung im Rahmen des Unterrichts besuchen.

7. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 21. Januar 2011

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

8. Kommissionen

Wahl der vom Stadtrat zu wählenden Wahlkommission für die Amtsdauer 2011 - 2014

Bericht des Gemeinderates Nr. 4/2011

Der Rat genehmigt folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Art. 37 und 62 Stadtverfassung sowie Artikel 4 Kommissionenreglement der Stadt Thun und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. Februar 2011, beschliesst:

1. Für die vierjährige, am 31. Dezember 2014 endende Amtsdauer werden in die Wahlkommission gewählt:
 - Baumgartner Frieda, 1945, Verkäuferin/Hausfrau (SP) (bisher)
 - Berger Bruno, 1944, Bezirksschullehrer (BDP)
 - Burkhardt Marc, 1992, Informatiker EFZ (SVP)
 - Dähler Michael, 1991, Elektroinstallateur (SVP)
 - Dällenbach Theres, 1961, Hausfrau/Primarlehrerin (EVP) (bisher)
 - De Stoutz Richard, 1952, Personalfachmann (parteilos) (bisher)
 - Dellsperger Hanspeter, 1945, Wirtschaftsinformatiker (parteilos) (bisher)
 - Fausch Fritz, 1935, pensionierter Instruktor (parteilos) (bisher)
 - Feissli Elisabeth, 1946, Sekretärin/Hausfrau (FDP) (bisher)
 - Feller Christian, 1975, Kaufmann (BDP)
 - Graber Stefanie, 1983, dipl. Betriebswirtschafterin HF (parteilos, Sitz FDP) (bisher)
 - Gruber-Schwaar Sabine, 1962, dipl. Pflegefachfrau (SP) (bisher)
 - Guntelach Herbert, 1948, Grünplaner (EVP) (bisher)
 - Haldimann Beat, 1968, Postangestellter (SP) (bisher)
 - Hertig Kristof, 1990, Kaufmann BM (SVP)
 - Hofmann Jürg, 1964, Betriebsspezialist LBA (parteilos) (bisher SD)
 - Jacobsen Daniel, 1955, dipl. Bauleiter (SP) (bisher)
 - Landolf Kurt, 1953, Psychologe lic. phil. (SP) (bisher)
 - Lanzrein Lukas, 1989, Student (SVP) (bisher)
 - Lehmann Markus, 1955, Versicherungs-Broker (SVP) (bisher)
 - Liebi Franz, 1971, Hauswart (SVP) (bisher)
 - Lörtscher Adrian, 1932, Pens. Instruktor (EVP) (bisher)
 - Luginbühl Markus, 1936, Kaufmann (BDP)
 - Odermatt Evelyne, 1962, Haus- / Geschäftsfrau (SVP) (bisher)
 - Perincioli Lorenz, 1941, Maschineningenieur HTL (Grüne) (bisher)
 - Schluchter Florian, 1989, Kaufmann (BDP)

- Schneiter-Röthlisberger Verena, 1964, Hausfrau/Zweiradmechanikerin (EDU) (bisher)
 - Schweizer Simon, 1973, Instruktor BABS/Historiker (SVP)
 - Spycher Suzanne, 1955, Primarlehrerin (Grüne) (bisher)
 - Strasser Kathrin, 1945, Haus- / Geschäftsfrau (SVP) (bisher)
 - Strub Fankhauser Judith, 1964, Pflegefachfrau (SP) (bisher)
 - von Grünigen Markus, 1971, Architekt FH (Grüne) (bisher)
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

9. Kommissionen

Wahl der vom Stadtrat zu wählenden Kadettenkommission für die Amtsdauer 2011 - 2014

Bericht des Gemeinderates Nr. 5/2011

Der Rat genehmigt folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 und 62 Stadtverfassung sowie Artikel 4 Kommissionenreglement der Stadt Thun und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. Februar 2011, beschliesst:

1. Für die vierjährige, am 31. Dezember 2014 endende Amtsdauer werden in die Kadettenkommission gewählt:
 - Bangerter Felix, 1957, Fürsprecher und Notar (SVP) (neu)
 - Steiner Hans Peter, 1961, Heizungstechniker (SVP) (neu)
 - Erb Frei Marlene, 1959, Lehrerin (Grüne, jedoch Sitz SP) (bisher)
 - Locher Manfred, 1956, Sekundarlehrer (EDU)
 - Wyttenbach Daniel, 1963, Betriebs- und Produktionsleiter (BDP) (neu)
 - Kriegel-Schluchter Bettina, 1970, eidg. dipl. PR-Beraterin (Fachvertretung) (bisher)
 - Pfäffli Roland, 1959, Lehrer (Fachvertretung) (bisher)
 - Sommer Daniel, 1959, Primarlehrer (Fachvertretung) (bisher)
 - Wittwer Bernhard, 1954, Kaufmann (Fachvertretung) (bisher)
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

10. Kommissionen

Wahl der vom Stadtrat zu wählenden Kindes- und Erwachsenenschutzkommission für die Amtsdauer 2011 - 2012

Bericht des Gemeinderates Nr. 6/2011

Der Rat genehmigt folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 und 62 Stadtverfassung sowie Artikel 4 Kommissionenreglement der Stadt Thun und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. Februar 2011, beschliesst:

1. In die Kindes- und Erwachsenenschutzkommission werden bis 31. Dezember 2012 gewählt:
 - Bacher Therese, 1960, Hausfrau/Bankangestellte (SVP) (bisher)
 - Bürki Ursula, 1939, med. techn. Assistentin (FDP) (bisher)

- Grimm Beat, 1951, Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (Grüne)
 - Huber Notter Daniela, 1964, Kauffrau Leiterin Finanzen (BDP)
 - Jost Ueli, 1946, Unternehmer (SVP) (bisher)
 - Leuenberger Sabine, 1966, dipl. Sozialpädagogin HFS (SP) (bisher)
 - Siegenthaler Peter, 1962, Vorsteher Sicherheit und Soziales (SP) (von Amtes wegen)
 - Trummer Elisabeth, 1944, Beraterin (EVP) (bisher)
 - Zahnd Marc, 1966, Treuhandexperte (SVP) (bisher, von FDP übernommen)
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

11. Kommissionen

Wahl der vom Stadtrat zu wählenden Schulkommission für die Amtsdauer 2011 - 2014

Bericht des Gemeinderates Nr. 7/2011

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, schlägt *Elisabeth Bregulla-Schafroth (Grüne)* zur Wahl ins Präsidium vor. Sie bringt die nötigen fachlichen Qualifikationen mit, da sie selber zur Sekundarlehrerin ausgebildet wurde und auf diesem Beruf gearbeitet hat. Zudem ist sie Mutter von zwei erwachsenen Kindern. Sie war von Anfang an in der Schulkommission dabei, also seit 2005, seit 2008 ist sie Vizepräsidentin der Schulkommission. Sie bringt viel Erfahrung mit und kennt sämtliche Akteure in diesem komplexen, sich immer verändernden Umfeld. Es ist ausserdem zu erwähnen, dass das Präsidium der Schulkommission ein aufwändiges Pensum bedeutet. Grosse Flexibilität und zeitliches Engagement wird gefordert. Elisabeth Bregulla-Schafroth war 14 Jahre im Stadtrat und 4 Jahre im Grossen Rat. Sie hat die persönlichen und zeitlichen Ressourcen, um das Amt zu übernehmen.

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, schlägt *Heinz Schürch (SVP)* zur Wahl ins Präsidium vor. Die Fraktion hat die Situation rund um die Schulkommission eingehend analysiert. Die Bedeutung der Schulkommission ist ihr bewusst. Sie hat eine Schlüsselposition in der Thuner Bildungslandschaft. Das Präsidium ist ein wesentlicher Teil der strategischen Führung der Thuner Schulen und muss schlussendlich die Verantwortung für die Bildungspolitik in Thun übernehmen. Eine neue Person würde der Schulkommission gut tun. Heinz Schürch ist eidg. dipl. Erwachsenenbildner und Vater von zwei Kindern. Er ist im Fachvorstand der Eidg. Marketingfachleute und kennt das Bildungswesen bestens. Heinz Schürch hat der Fraktion versichert, dass er die zeitlichen Ressourcen aufbringen kann. Die Fraktion will Verantwortung für Bildung in Thun übernehmen und auch in der Schulkommission Mitverantwortung für Bildung tragen.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, möchte klarstellen, dass die Fraktion keinen eigenen Vorschlag macht. Nach eingehenden Gesprächen unterstützt die Fraktion die Kandidatur von Elisabeth Bregulla-Schafroth. Es ist besser, wenn jemand der Kommission vorsteht, der schon länger dabei ist. In der Schulkommission wechselt das Präsidium sehr häufig, was nicht optimal ist.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, stellt den Ordnungsantrag, das Traktandum auf die nächste Sitzung zu verschieben. Man hätte die Gelegenheit, sich mit den Kandidaten vertieft auseinanderzusetzen.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, unterstützt den Ordnungsantrag. Die Schulkommission solle einen Vorschlag bringen.

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, stellt einen Antrag auf 5 Min. Sitzungsunterbruch, um über den Ordnungsantrag zu beraten.

Sitzungsunterbruch: 5 Min.

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, lehnt den Ordnungsantrag ab. Wenn diese Diskussion in der Schulkommission geführt wird, kann dies zu Loyalitätskonflikten führen. Das wäre ungünstig für die künftige Zusammenarbeit der Schulkommission.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist mit den Ausführungen Christoph Peters einverstanden. Die Verantwortung für die Wahl liegt im Stadtrat, diese kann nicht abgeschoben werden.

Der Rat lehnt den Ordnungsantrag mit 27 : 10 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, erläutert, dass es heute darum geht, die beiden Kandidaturen zu vergleichen und herauszufinden, wer im Bildungsbereich über einschlägige Erfahrungen verfügt. Die Schulkommission braucht jemanden, der aus dem Vollen schöpfen kann. Ein diesem Bereich „unbeschriebenes Blatt“ darf es nicht sein. Es ist die letzte Chance, die die Schulkommission in dieser Form noch hat. Elisabeth Bregulla-Schafroth hat durch ihre zahlreichen Erfahrungen die Möglichkeit, einen Weg für die Schulkommission zu finden. Es braucht eine unabhängige Person. Elisabeth Bregulla-Schafroth ist klar die bessere Besetzung.

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, findet, dass gerade in einem schwierigen Umfeld „neue Köpfe“ gut sind. Heinz Schürch erfüllt die fachlichen Kriterien. Die Fraktion unterstützt nach wie vor dessen Kandidatur.

Der Rat wählt mit 18 : 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen Heinz Schürch (SVP) ins Präsidium der Schulkommission.

Der Rat genehmigt folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 und 62 Stadtverfassung sowie Artikel 17 und 20 Bildungsreglement der Stadt Thun und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. Februar 2011, beschliesst:

1. Für die vierjährige, am 31. Dezember 2014 endende Amtsdauer werden in die Schulkommission gewählt:
 - Allemann Martin, 1960, Gewerkschaftssekretär (SP) (bisher)
 - Bregulla-Schafroth Elisabeth, 1949, Sekundarlehrerin (Grüne) (bisher)
 - Frey Urs, 1948, ehemaliger Leiter Amt für Stadtliegenschaften (SP) (bisher)
 - Josi Christian, 1973, Untersuchungsrichter (SVP) (bisher)
 - Pitteloud Eric, 1962, dipl. Berufsschullehrer IKA/CAS (BDP)
 - Pfister Hans-Peter, 1958, Leiter Rangierbahnhöfe SBB (Schulgemeinde Goldiwil) (bisher)
 - Schürch Heinz, 1967, Kommunikationsleiter (SVP)
 - van Wijk Markus, 1958, Instr. Off. Berufsoffizier (FDP) (bisher)
 - Wettstein Susanna, 1960, Erwachsenenbildnerin (EDU)
2. Das Präsidium übernimmt: Heinz Schürch (SVP)
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

12. Kommissionen

Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums der Budget- und Rechnungskommission BRK

Stadtratsbericht Nr. 8/2011

Der Rat genehmigt folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 20 Absatz 2 und Artikel 21 Absatz 1 des Geschäftsreglementes des Stadtrates von Thun, beschliesst:

1. Als Präsident der Budget- und Rechnungskommission wird für die laufende Legislatur 2011 bis 2014 gewählt: Konrad Hädener (FdM).
2. Als Vizepräsident der Budget- und Rechnungskommission wird für die laufende Legislatur 2011 bis 2014 gewählt: Claude Schlapbach (BDP).

13. Kommissionen

Wahl der vom Stadtrat zu wählenden Arbeitgebervertreter in die Pensionskassenkommission für die Amtsdauer 2011 - 2014

Bericht des Gemeinderates Nr. 9/2011

Franz Schori, **SP-Fraktion**, fragte sich, ob es angebracht sei, Nicolai Peider schon jetzt in die Pensionskassenkommission zu wählen. Es ist unbestritten, dass in der Kommission auch ein Arbeitgebervertreter einer angeschlossenen Unternehmung Einsitz nehmen soll. Für eine Minderheit der Fraktion ist es noch zu früh, Nicolai Peider zu wählen, da sein Amtsantritt erst noch bevorsteht und er damit auch seine Arbeit in der Kommission erst auf den 1. August 2011 aufnehmen wird. Die Mehrheit der Fraktion war der Meinung, dass eine Nichtwahl Nicolai Peiders keine Probleme der WIA löst. Die Fraktion hat sich dazu durchgerungen, Nicolai Peider zu wählen.

Der Rat genehmigt folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Stadtverfassung sowie Artikel 68 Absatz 1 Reglement der städtischen Pensionskasse Thun und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. Februar 2011, beschliesst:

1. Für die vierjährige, am 31. Dezember 2014 endende Amtsdauer werden als Arbeitgebervertreter in die Pensionskassenkommission gewählt:
 - Dumermuth Marianne, 1955, Vorsteherin Direktion Stadtentwicklung
 - Lanz Raphael, 1968, Stadtpräsident
 - Peider Nicolai, 1958, Geschäftsführer WIA (Amtsantritt auf 1. August 2011)
 - Wegmüller Daniel, 1955, Finanzverwalter
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

14. Motion 13/2010 betreffend eine ethisch-ökologische Pensionskasse der Stadt Thun

Dumermuth Lehmann Marianne (SP) und Mitunterzeichnenden vom 25. August 2010; Beantwortung

Sandra Rupp Gyger, SP-Fraktion, ist mit der Antwort des Gemeinderats beschränkt zufrieden. Der Vorstoss war wohl zu absolut formuliert. Die Antwort des Gemeinderats überrascht also nicht. Vielleicht hätte man besser definiert, wie gross der Anteil des Vermögens sein soll, der in ökologisch nachhaltige und sozial und ethisch vertretbare Finanzanlagen investiert werden soll. Zudem hätte man eine nicht zu kurze Frist angeben sollen. Die Fraktion steht jedoch immer noch hinter dem Anliegen der Motion. Die Absichtserklärung der Pensionskassenkommission und des Gemeinderats wertet sie als kleinen Erfolg. Sie ist aber zu vage formuliert. Aus diesem Grund stimmt die Fraktion grossmehrheitlich der Umwandlung in ein Postulat zu. Dieses soll aber noch nicht abgeschrieben werden. Die Fraktion wird in Zukunft die jährlichen Tätigkeitsbereiche genauer unter die Lupe nehmen und im Sinne ihrer Motion beurteilen.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, meint, dass, was sozial und ethisch vertretbar ist, auch immer eine Frage des persönlichen Standpunktes ist. Bei der heutigen Unterdeckung der städtischen Pensionskasse und mit Hinblick darauf, dass es um Vermögenswerte geht, die in Zukunft Existenzen sichern sollen, ist es sozial und ethisch nicht vertretbar, mit diesen Geldern zu experimentieren. In erster Linie ist eine gute Rendite zu erwirtschaften. Wenn im Portfolio auch sogenannte nachhaltige Titel sind, ist das begrüßenswert. Nach einem Treffen mit einem Anlagespezialisten ist zu sagen: Finanzprodukte aus diesem neuem Segment sind teurer. Sie sind mit grossen Risiken behaftet und grossen Schwankungen unterworfen. Im Schnitt weisen sie, im Vergleich mit herkömmlichen Finanzprodukten, eine tiefere Performance auf. Sehr interessant ist, dass diese Finanzprodukte, damit sie gekauft werden, aus einem inhaltlichen Mix bestehen. Dies kann nicht im Sinn der Motionärin sein, man findet nämlich darin dann die Tabakindustrie, die Glücksspielindustrie oder die Aufrüstungsindustrie. Wenn dies nicht der Fall ist, dann zumindest die Zulieferer ebendieser Industrien. Hier schafft die Globalisierung Realitäten, die nicht verhindert werden können. Das Zauberwort heisst diversifizieren. Je breiter das Anlagespektrum, desto geringer das Risiko, eine schlechte Performance auf diesen Geldern zu machen. Der Gemeinderat liegt in Sachen Pensionskasse auf Kurs. Wer der Motion zustimmt, geht unnötige Risiken ein und schränkt den Handlungsspielraum für die Anlage dieser Gelder zu stark ein. Die Fraktion lehnt die Motion sowie das Postulat ab.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, kann mit der Antwort des Gemeinderats gut leben. Ein wichtiger Punkt ist die Anlagekonzentration. Es darf kein Klumpenrisiko entstehen, sondern es muss diversifiziert werden. Der Vorstoss soll abgeschrieben werden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, unterstützt das Postulat und ist gegen die Abschreibung. Wenn man dem Sprecher der SVP zuhört, hat man den Eindruck, es habe nie eine Finanzkrise gegeben. Zum Glück teilt der Gemeinderat diese Haltung nicht, sondern will über nachhaltigere Produkte nachdenken und unter Umständen Korrekturen anbringen. Die Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderats einverstanden. Sie möchte aber später sehen, dass das Reglement auch wirklich angepasst wurde.

Stadtpräsident Raphael Lanz erklärt, dass das Vermögen in der Höhe von 240 Mio. Franken treuhänderisch von den Menschen, die mit diesem Geld einmal ihre Pension finanzieren müssen, überlassen wird. Grundsätzlich zuständig ist die paritätisch zusammengesetzte Pensionskassenkommission. Der Gemeinderat trägt Sorge zu diesen Geldern; es ist ihm bewusst, dass das Geld nicht ihm gehört. Es werden keine Experimente gemacht. Selbstverständlich ist Nachhaltigkeit ein Thema. Wie gesagt muss man anpassen, dass kein Klumpenrisiko entsteht. Man ist hier nicht auf einem schlechten Weg. Die einzelnen Anlagen dürfen nicht Spielball politischer Interessen werden. Man kann nicht einfach schnell die Strategie wechseln und Risiken eingehen.

Der Rat nimmt das Postulat mit 21 : 16 Stimmen an und stimmt dessen Abschreibung mit 26 : 12 Stimmen zu.

15. Motion M 15/2010 betreffend Revision des Baureglements zugunsten verdichtetem und energiefreundlichem Bauen

Fraktion CVP+EVP und Mitglieder EDU vom 4. November 2010; Beantwortung

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, freut sich über die Annahme der Motion durch den Gemeinderat. Dass gehandelt werden muss, ist weitgehend unbestritten. Die Antwort vermittelt den Eindruck, dass dann irgendwann einmal etwas getan wird. Das ist der Fraktion zu wenig. Es ist ihr bewusst, dass das Baureglement 10 Jahre alt werden muss. Auch ist es ideal, den Entscheid des Kantons einzubinden. Das bedeutet aber nicht, dass man mit den Abklärungen und der Definition der Zielrichtung nicht anfangen kann. Es muss jetzt begonnen werden. Sofort nach einer allfälligen Einführung der kantonalen Vorschriften kann dann ein modernes neues Baureglement eingeführt werden. Die Knappheit des Bodens und der Ressourcen sowie die Zersiedelung zwingen uns, nicht erst morgen neue Wege zu begehen. Verdichtetes Bauen, erhöhte Ausnutzungswerte und die Berücksichtigung und Förderung der Ökologie müssen

dringend in das Baureglement einfließen. Es gilt, dem Wandel der Zeit Rechnung zu tragen. Als Thuner wünscht sich Jonas Baumann eine Stadt mit Behörden und Politikern, die fortschrittliche, mutige und zukunftsgerichtete Entscheide fällen. Viele Schweizer Städte haben schon gehandelt. Raphael Lanz hat Hoffnungen geweckt, dass er für mehr Tempo bei der Umsetzung der Geschäfte besorgt sein wird. Die Fraktion dankt für die Annahme der Motion, bittet aber jetzt schon um die Umsetzung.

Suzanne Albrecht, **Fraktion Grüne**, sagt, dass dieser Vorstoss ganz im Sinne der grünen Fraktion beantwortet wurde. Es wurde in der Antwort aber nicht auf die Förderung der Ökologie eingegangen, sondern der Gemeinderat äusserte sich nur zum energiefreundlichen Bauen. Der richtige Ort, um dies zu überarbeiten, ist die Revision der Ortsplanung. Beim verdichteten Bauen mit hoher Ausnutzung bleibt weniger Fläche, die man mit ökologischer Qualität aufwerten muss. Fast immer werden heute grosse Gärten mit altem Baumbestand verdichtet. Das ist notwendig, aber vielleicht könnte man dabei mehr Rücksicht nehmen und nicht alle Bäume fällen. Es ist wichtig, dass die ökologische Gestaltung berücksichtigt wird, dies auch bei der Überarbeitung des Baureglements. Die Motion wird von der Fraktion angenommen.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, nimmt die Motion an. Bezüglich der Verdichtung: Man könnte auch den Grenzabstand auf 0 verringern, so dass die Nachbarn ihre Häuser zusammenbauen können und damit Grünfläche sparen. Es gibt Städte, die das so haben. Zudem verlangt Peter Dütschler die Gleichberechtigung von Wald- und Landwirtschaftsfläche. In den heutigen Diskussionen steht immer die Waldfläche im Vordergrund.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, setzt sich für eine freiheitliche Bauordnung ein. In diese Richtung geht auch die Motion. Bei den heutigen Immobilien- und Baulandpreisen ist verdichtetes Bauen ein Muss. Im Rahmen der Revision der Ortsplanung muss die Abschaffung der Ausnutzungsziffer neben anderen Massnahmen diskutiert werden. Was das ökologische Bauen betrifft, geht es darum, baurechtliche Anreize zu liefern. Was die für Grundeigentümer verbindlichen Bestimmungen betrifft, dürfen diese nur mit grosser Zurückhaltung ins Baureglement aufgenommen werden. Das Problem muss durch Anreize und nicht durch einschränkende Vorschriften gelöst werden. Was das zeitliche Element angeht, ist der Gemeinderat an das Recht, also an den Grundsatz der Planbeständigkeit, gebunden. Ein Plan muss mindestens 10 Jahre in Kraft sein, bevor er geändert werden darf. Die Fraktion nimmt die Motion an.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, nimmt die Motion an. Erstens unterstützt die Fraktion das verdichtete Bauen sowie die Förderung der Ökologie. Zweitens erfüllt die Stossrichtung der Motion gerade zwei Teilstrategien auf einmal: Einerseits das der Teilstrategie 6 (Stadt nach innen entwickeln) sowie Teilstrategie 9 (Städtischer Energiebedarf umweltfreundlich decken). Drittens befürwortet die Fraktion die ökologische Stossrichtung.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, hält fest, dass schon das heutige Baureglement im Zusammenhang mit den immer knapper werdenden Landreserven und der Gefahr der Zersiedelung in die richtige Richtung zielt. Dass die Energieeffizienz beim Bauen gesteigert werden muss, ist heute klar. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats und nimmt die Motion an.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth stellt fest, dass das Anliegen von allen gutgeheissen wird. Sie ergänzt, dass der Energierichtplan bald in die Vorprüfung geht. Man hat also in diesem Bereich ein gutes Instrument. Zudem wird bald die offizielle Feier zur Auszeichnung Thuns als Energiestadt stattfinden. Dies wird mit einem grossem Massnahmenpaket mit vielen kleineren Projekten einhergehen. Die Diskussion im Stadtrat gerade eben zeigte, wie viele unterschiedliche Interessen beim Thema Bauen zusammen kommen. Es ist deshalb nicht möglich, so tiefgreifende Artikel des Baureglements wie das verdichtete Bauen als Einzelgeschäft zu behandeln. Eine Gesamtsicht ist zwingend notwendig, aber sehr teuer und aufwändig. Die Planbeständigkeit ist wichtig, Investoren und Bewohner müssen sich auf etwas verlassen können. Der Gemeinderat dankt für die Annahme und bittet um Verständnis für den Planungsprozess.

Der Rat nimmt die Motion einstimmig an.

16. Postulat P 19/2010 betreffend Optimierung des Verkehrsregimes und ÖV Anbindung im Gebiet Schoren

Fraktion Grüne vom 4. November 2010; Beantwortung

Andrea De Meuron, **Fraktion Grüne**, nimmt das Positive vorweg: Der Gemeinderat empfiehlt die Annahme des Postulats. Aufgrund der veränderten finanziellen Rahmenbedingungen sei ein Angebotsausbau aber nicht möglich. Vor nicht allzu langer Zeit am STI-Apéro wurde gesagt, wieso ein attraktiver öffentlicher Verkehr ein Standortvorteil sein kann. Der CEO von Meyer Burger, Bernhard Gerber, erläuterte, durch einen kontinuierlichen Ausbau des STI-Fahrplans Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus einem grossen Einzugsgebiet anziehen zu können. Und STI-Direktor Thomas Wegmann weiss, dass Regionen mit gut ausgebauter Mobilität klare Standortvorteile und damit auch ökonomische Vorteile haben. Doch die Stadt setzt andere Prioritäten. Es werden Strassen zum Wirtschaftspark gebaut, bevor Investoren den Vertrag unterschrieben haben. Anscheinend werden sonst keine Investoren gefunden, da diese sich nicht vorstellen können, dass eine budgetierte und vom Stadtrat bewilligte Strasse dann auch gebaut wird. Was denkt dann ein Investor, wenn er die ÖV-Anbindung studiert? Das Gebiet im Schoren ist ein Entwicklungsschwerpunkt. Damit alle Bedürfnisse berücksichtigt werden, muss jetzt hingeschaut und vorausgeplant werden. Dies hat sich Andrea de Meuron von dieser Prüfung gewünscht. Die Beantwortung ist deshalb nicht genügend. Das Aufführen anderer möglicher Finanzierungsquellen wie das Agglomerationsprogramm der zweiten Generation und das Aufzeigen, wohin sich das städtische ÖV-Angebot entwickeln soll und wo wann welche Prioritäten gesetzt werden müssen, fehlen in der Antwort. Es interessiert die Fraktion, was die erwähnte Arbeitsgruppe zum Thema motorisierter Individualverkehr für Lösungen bringt, auch hier fehlen konkrete Antworten. Die Fraktion überweist das Postulat, will es aber nicht abschreiben.

Jürg Dällenbach, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass man schon bei den Einsprachen merkte, dass der Verkehr im Gebiet Schoren ein Problem darstellt. Die Fraktion unterstützt das Postulat einstimmig. Sie fragt sich aber, ob es nicht besser wäre, zuerst die Erschliessung und die Verkehrsführung zu planen. Es braucht die Zusammenarbeit aller Beteiligten und Weitsicht. Einige Ideen und Vorschläge sind im Vorstoss enthalten, diese sind zu prüfen und weiter zu verfolgen. Eine erweiterte Prüfung der Tangentiallinie ist, auch gemäss einer fünf Jahre alten Studie, nicht vom Tisch zu wischen. In diesen Jahren hat eine grosse Entwicklung stattgefunden. Ob die erwähnte Arbeitsgruppe die richtige Formation ist, sich dieser Frage zu stellen, ist umstritten. Sicher sind die unmittelbaren Probleme im Quartier dort gut aufgehoben. Beim Thema ÖV-Anbindung muss eine andere Lösung gefunden werden. Der Gemeinderat hat die Verantwortung erkannt. Die Fraktion glaubt dem Gemeinderat, dass dieser die Sache ernst nimmt, und schreibt das Postulat ab.

Michael Lüthi, **FDP-Fraktion**, kann die Motivation der Fraktion Grüne für das Postulat durchaus nachvollziehen. Es zielt aber in die falsche Richtung und ist Symptombekämpfung. Eine attraktive ÖV-Anbindung ist ein Standortvorteil und bringt Investoren, Arbeitgeber und Steuerzahler nach Thun. Das Grundbedürfnis einer Sicherstellung der ÖV-Anbindung hat nicht den erwarteten Stellenwert. In der einen Direktion wird gebaut, in der anderen entwickelt. Es passiert, dass gebaut wird, ohne richtig entwickelt zu haben oder dass entwickelt wird und dann viel zu spät gebaut. Prozesse betreffend den ÖV sind sehr langfristig. Die einzelnen Direktionen denken nicht immer zielführend vernetzt. Auch hier ist die Gesamtsicht zwingend nötig. Die Fraktion wünscht sich eine Politik mit Weitsicht. Sie hofft, dass in Zukunft beispielsweise für das Neufeldquartier, wo neue Wohnungen gebaut werden, die direkte ÖV-Anbindung sichergestellt wird. Die Fraktion überweist das Postulat, schreibt es aber noch nicht ab.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass der heutige Fahrplan den Anforderungen der ersten Bauphase von Meyer Burger genügt. Mit der Realisierung des zweiten Baukörpers aber wird die Zahl der Mitarbeitenden stark zunehmen. Man könnte die Eilkurse morgens und abends in den Südwesten der Stadt auch hier effizienter nutzen. Das hätte Auswirkungen auf die Tangente Schoren–Allmendingen, da die erwähnten Eilkurse durchaus zu Arbeitsbeginn und Arbeitsende auf der Strecke Bahnhof – Schoren – Allmendingen – Bahnhof oder umgekehrt verkehren könnten. Die Anbindung an den Wirtschaftspark Schoren darf zum heutigen Zeitpunkt als genügend bezeichnet werden. Der ÖV wird sich aber weiter

entwickeln und ist laufend zu überprüfen. Der Einfluss auf das Angebotskonzept 2014 – 2017 ist gegeben. Deshalb ist es wichtig, dass die Themen heute konkretisiert und in die Entwicklung des Angebotskonzepts aufgenommen werden. Die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Bevölkerung müssen vertieft analysiert und mit bevorstehenden Agglomerationsprogrammen abgestimmt werden. Da dieser Prozess noch nicht entsprechend fortgeschritten ist, nimmt die Fraktion das Postulat an, schreibt es aber nicht ab.

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die Situation heute nicht völlig verkehrt ist. Die Planung des Verkehrs ist hochkomplex, Änderungen müssen im Hinblick auf den Gesamtzusammenhang gemacht werden. Wenn etwas unabhängig vom Kanton gemacht wird, muss die Stadt das selbst bezahlen. Das Geld dazu hat die Stadt nicht. Das Anliegen wird aber durch die Fraktion unterstützt, das Postulat angenommen und abgeschrieben.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, sagt, dass eine gute Erschliessung zu Meyer Burger durchaus Sinn macht. Sie ist aber finanziell fraglich, da die Stadt Thun vorsichtig mit ihren Ressourcen umgehen muss. Auch bei diversen anderen Linien der Stadt Thun besteht Handlungsbedarf. Es bleibt zudem abzuwarten, was die Arbeitsgruppe vorschlägt. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Michael Lüthi, **FDP-Fraktion**, gibt zu Bedenken, dass die Sache komplexer ist als Christoph Peter sagt. Es geht nicht darum, einen Bus mehr zu haben. Das Problem ist, dass man die Weitsicht und die langfristige Planung nicht hat. Es ist zu hoffen, dass, wenn man von einem ESP redet, die ganze ÖV-Erschliessung nicht nachgelagert macht. Entscheidend ist, dass man Jahre im Voraus plant. Es ist jetzt, aufgrund der falschen Planung, sicher notwendig, kurzfristig zu reagieren.

Gemeinderat Roman Gimmel reagiert auf das Votum der Fraktion Grüne: Es wird gesagt, dass es sich beim Gebiet Schoren um Entwicklungsland handle. Gemäss der ÖV-Güteklassen ist das Gebiet aber in die Güteklassen B und C eingeteilt, wobei A die beste Erschliessung ist. Zur Arbeitsgruppe: Im Februar werden die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Verkehrsregime um die Region Schoren / Meyer Burger aufgenommen. Der Termin steht, Roman Gimmel ist gespannt. Im Übrigen stellt der Gemeinderat in Aussicht, dass wenn 600-700 Leute bei Meyer Burger den Betrieb aufgenommen haben, eine kleine betriebsinterne Umfrage gemacht wird. Dies darüber, wie sie zu ihrem Arbeitsplatz und wieder nach Hause gelangen. Der Gemeinderat ist nicht überzeugt, dass alle das Busangebot nutzen werden.

Andrea De Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt für die wohlwollende Aufnahme des Postulats. Es ist wichtig, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird. Eine Gesamtsicht wird verlangt, damit die Prozesse allenfalls jetzt schon eingeleitet werden können. Manchmal ist Kontrolle besser als Vertrauen, sie bittet den Rat, nicht abzuschreiben.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es mit 23 : 15 Stimmen ab.

17. Interpellation I 10/2010 betreffend Städtische Pensionskasse

FDP-Fraktion vom 23. September 2010; Beantwortung

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, ist von der Antwort nicht befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, erklärt, dass der Gemeinderat leider drei von den neun Fragen nicht beantwortet hat. Der Stadtpräsident hat ihm aber schon erläutert, dass das Ziel der Interpellation erkannt und intern Aufträge erteilt wurden. Dieses Vorgehen entspricht dem, was man mit der Interpellation erreichen wollte. Das Thema ist sehr heikel. Es geht um Transparenz. Die Fraktion ist zuversichtlich.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist Stiftungsrat von drei Pensionskassen und Mitglied der Vorsorgekommission. Der Rat hat 2007 ein neues Pensionskassenreglement verabschiedet, welches die Leistungen, über die heute diskutiert wird, beinhaltet hat. Die Diskussion wurde damals geführt. Alle Ratsmitglieder haben zugestimmt, im Wissen, welche Kosten auf die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zukommen. Man muss als Arbeitgeber verlässlich sein. Herr Allemann bittet den Gemeinderat, sorgsam zu prüfen, damit die Stadt ein verlässlicher Arbeitgeber bei den angeschlossenen Unternehmen bleibt. Die Stadt kann in anderen Bereichen, wie beispielsweise bei den Löhnen, nicht auftrumpfen. Gute Leistungen bei der Pensionskasse erhalten Personal.

Stadtpräsident Raphael Lanz hat das Problem erkannt, es liegen zwei eher ungewöhnliche Regelungen vor. Diese müssen nicht geändert werden, aber die Sache wird angeschaut, um herauszufinden, ob allenfalls Handlungsbedarf besteht. Man sollte die Angelegenheit nicht „verpolitisieren“. Der Stadtpräsident versichert, dass die Gesamtbetrachtung zusammen mit Pensionskassen-Experten in aller Ruhe und in aller Transparenz erfolgen wird. Wenn intern Resultate vorliegen, wird der Gemeinderat informiert und dann das weitere Vorgehen bestimmt.

18. Interpellation I 11/2010 betreffend Parkplatzbewirtschaftung

Fraktion CVP+EVP vom 4. November 2010; Beantwortung

Gemeinderat Roman Gimmel informiert, dass über diese Angelegenheit im Gemeinderat lange debattiert wurde. Vor nicht allzu langer Zeit hat Herr Gimmel noch selber für sinnvolle Ausnahmen gekämpft. Es wurden aber keine mehrheitsfähigen Beispiele gefunden. Wenn jemand im Rat eine ideale Lösung findet, ist der Gemeinderat offen für Vorschläge.

Jonas Baumann ist nicht in allen Punkten befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, findet es störend, dass die angekündigte Überprüfung der Ziele nicht vollzogen wird. Die Glaubwürdigkeit der Politik wird strapaziert, wenn Evaluationen angekündigt, aber nicht vollzogen werden. Es muss nicht ein umfangreicher aufwändiger Bericht sein, aber ein Auswertungsbericht muss gemacht werden. Ansonsten muss man in Zukunft keine Evaluationen mehr ankünden. Eventuell müsste man die flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung kleinen Korrekturen unterziehen, beispielsweise für Vereine und Klubs die am Abend oder Wochenende die Parkplätze brauchen.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Antwort weder den Ansichten des Gemeinderates des letzten Jahres noch den Ausführungen zum Parkraumkonzept des letzten Jahres widerspricht. Die Parkplatzbewirtschaftung als Verkehrsleitmassnahme funktioniert. Eine Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr findet statt und deshalb darf die STI von Jahr zu Jahr steigende Passagierzahlen präsentieren. Die steigende Anzahl der Passagiere ist Ausdruck der Attraktivität unserer Stadt. Man weiss aber nicht, ob Besucher von ausserhalb wegen der fehlenden freien Parkplätze mit dem ÖV anreisen oder ob die lokale Bevölkerung den Suchverkehr satt hat. Um solche statistischen Zahlen zu erheben, braucht es Marktforschung. Diese soll aber sicher nicht aus der Stadtkasse finanziert werden. In den Quartieren wird die aktuelle Lösung mehrheitlich positiv bewertet. Der Suchverkehr ist zurück gegangen und weniger Autos stehen auf den Strassen. Das trägt zur Verkehrssicherheit bei. Anwohnerbezogene Sonderlösungen wurden realisiert. Weitergehende individuelle Lösungen sind gemäss Gemeinderat abzulehnen. Man kann heute nicht erwarten, dass jederzeit überall ein Parkplatz bereit steht. Dass die Parkplatzbewirtschaftung nur im öffentlichen Raum stattfinden kann und damit zu Spannungsfeldern führt, ergibt sich aus der Natur der Sache. Dass ein Unternehmer die lokalen Gegebenheiten zur Parkplatzsituation analysiert und das Resultat in eine Strategie umsetzt, ist legitim. Falls nicht alle privaten Parkplätze gratis benutzt werden dürfen, ist dies meist das Resultat eines Einigungsverfahrens zwischen Bauherrschaft und Einsprecher. Auch die Tarifgestaltung privater Parkplätze kann von der Stadt nur gering beeinflusst werden, ausser diese würden der öffentlichen Hand zugeführt, was angesichts der angespannten Finanzlage utopisch erscheint.

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, informiert, dass bei jedem Vorstoss der Wortlaut entscheidend ist. Er nimmt Stellung zu den Fragen 1 bis 3: Jonas Baumann sagte, dass die Fragen auch ohne Doktorarbeit zu beantworten sind. Das sieht die Fraktion anders. Diese Fragen können nicht auf ein paar Seiten abgehandelt werden. Selbstverständlich können externe Experten die Fragen beantworten, dieser Bericht würde aber sehr dick. Mit anderen Studien verglichen, wird das sehr teuer. Zudem sind die Antworten schon im Vorhinein klar. Die Lösung des ganzen Problems ist schon lange auf dem Tisch, nämlich das Parkhaus im Schlossberg. Das touristische Image würde auf einen Schlag verbessert, die Thuner Wirtschaft würde sich freuen und die Stadt würde konkurrenzfähiger. Die Fraktion ist sehr froh, dass der Gemeinderat nicht auf die Fragen eingegangen ist und die umfangreiche Studie nicht in Auftrag gegeben hat. Da man schon weiss, was man ändern kann, wäre ein Vorstoss mit ganz konkreten Vorschlägen angebracht.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, hat die Antwort des Gemeinderates zur Kenntnis genommen. Er ist der Auffassung, dass eine Studie zu teuer ist. Das Reglement hat unbestritten positive Effekte. Die Frage ist aber, wie man das umsetzt. Längerfristiges Parkieren sollte günstiger sein. Als Schulgemeindepräsident in Goldiwil ist Hanspeter Aellig nicht glücklich mit dem Reglement. Zum Beispiel nach dem Kinderfasnachtsumzug in Goldiwil; nach dem Fest hatten sämtliche Autos Parkbussen. Das Reglement muss angewendet werden, aber man sollte ab und zu ein Auge zudrücken.

Andrea De Meuron, **Fraktion Grüne**, stimmt Christoph Peter zu, was die Studie anbelangt. Zu Frage 1: Ein Blick in die Quartiere genügt. Anwohnerinnen und Anwohner wollen Parkplätze, auch für ihre Besucher. Sie können, beispielsweise im Seefeld, vier Stunden gratis parkieren. Die Stadt hat, wo für Parkplätze bezahlt werden muss, eine Einnahmenquelle. Die Einnahmen helfen mit, die entstehenden Kosten bei der Umwandlung von öffentlichem Grund in Parkplätze zu decken. Es braucht keine Studie, gesunder Menschenverstand reicht manchmal aus. Wenn man länger parkieren will, kann man übrigens für 5 Franken 24 Stunden parkieren oder in ein Parkhaus gehen; die Tarife sind sehr günstig. Es besteht nicht unbedingt Handlungsbedarf. Klar ärgert einen eine Busse, aber man ist schlussendlich selber schuld. Man kann nicht einfach ein Auge zudrücken; die Gleichbehandlung vor dem Recht ist wichtig.

Mitteilungen

Die Stadtratspräsidentin verweist auf die Einladung zum Skitag. Die Anmeldefrist läuft noch bis zum 24. Februar 2011.

Eingang

- Postulat betreffend fundierte Analyse der Schulkommission; Fraktion der Mitte vom 17 Februar 2011
- Interpellation betreffend Regelung für Einschulung „Kindergarten“; SVP-Fraktion vom 17. Februar 2011
- Interpellation betreffend Begleitprojekte des Bypass Thun Nord; SVP-Fraktion vom 17. Februar 2011
- Interpellation betreffend junge Arbeitslose in der Sozialhilfe Thun; BDP-Fraktion vom 17. Februar 2011
- Interpellation zu den Vorgängen bei der Wohnen im Alter AG (WIA AG); SP-Fraktion vom 17. Februar 2011

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Verena Balmer

Remo Berlinger